

Inhaltsübersicht

	Rn.	Seite
Vorwort		V
Inhaltsverzeichnis		XI
A. Einleitung und Gang der Untersuchung	1	1
I. Einleitung	1	1
II. Gang der Untersuchung	5	2
B. Die Grundlagen zur Erklärung nach § 35 Abs. 2 InsO	13	5
I. Historischer Regelungsbedarf bei der Insolvenz des selbständig tätigen Schuldners	14	5
1. Verfassungsrechtliche Garantie der selbständigen Tätigkeit	15	5
2. Notwendigkeit einer Neuregelung durch den Gesetzgeber	18	6
II. Doppelte Zweckverfolgung	22	8
1. Zweck 1 – Schutz der Masse	23	8
2. Zweck 2 – Ermöglichung der selbständigen Tätigkeit	25	9
3. Eigenständiger Zweck der klaren Sphärentrennung?	27	9
4. Rangverhältnis der verfolgten Ziele?	29	10
III. Inhalt der Neufassung	34	12
1. Optionen des Insolvenzverwalters	35	12
2. Untätigkeit des Insolvenzverwalters	39	13
3. Die Erklärung nach § 35 Abs. 2 InsO im System der anerkannten Freigabeformen	45	15
4. Voraussetzungen der Freigabe nach § 35 Abs. 2 InsO	62	21
5. Zeitpunkt der Freigabeerklärung	79	28
6. Veröffentlichung der Erklärung durch das Insolvenzgericht	80	28
IV. Allgemeine Rechtsfolgen der Freigabeerklärung	81	28
1. Positiverklärung	82	29
2. Negativerklärung	83	29

	Rn.	Seite
C. Wirkung der Freigabe nach § 35 Abs. 2 InsO auf das Arbeitsverhältnis		
Arbeitsverhältnis	122	43
I. Wirkung der Insolvenzeröffnung auf das Arbeitsverhältnis	123	43
1. Der Insolvenzverwalter in der Arbeitgeberstellung	124	43
2. Die Arbeitnehmeransprüche in der Insolvenz	133	45
II. Freigabe des Arbeitsverhältnisses	138	47
1. Nach Freigabe neu begründete Schuldverhältnisse	139	47
2. Übergang der Arbeitgeberfunktion durch die Freigabeerklärung	141	48
D. Verfassungsrechtliche Bedenken an der Freigabe von Arbeitsverhältnissen	224	75
I. Verfassungsrechtliche Wertung und Insolvenzrecht	225	75
II. Einfluss des Verfassungsrechts auf § 35 Abs. 2 InsO	228	76
III. Auslegung im Lichte der Verfassung	230	77
1. Grundrechte der Arbeitnehmer	231	77
2. Grundrechte der Gläubiger	287	94
3. Grundrechte des Schuldners	305	101
IV. Ergebnis der verfassungsrechtlichen Prüfung	321	105
E. Die Freigabe des Arbeitsverhältnisses im Zusammenspiel mit anderen Normen	324	107
I. Übertragung der vereinfachten Kündigungsmöglichkeit auf den Schuldner	325	107
II. Übertragung der Kündigungsfrist aus § 109 InsO	332	109
III. Ausgleichsmodell nach Gotter	344	114
IV. Anwendung von § 613a BGB im Rahmen der Freigabe	348	115
1. Grundsätzliche Anwendbarkeit von § 613a BGB im Insolvenzrecht	349	116
2. Anwendbarkeit in Bezug auf die Freigabe nach § 35 Abs. 2 InsO	352	117
3. Rechtsfolgen des § 613a BGB im Zusammenhang mit § 35 Abs. 2 InsO	417	139
V. Gesamtbetrachtung unter Einbeziehung der grundrechtlichen Wertungen und Zwischenergebnis	485	161

	Rn.	Seite
F. Gläubigerwiderspruch und die Wirkung auf das Arbeitsverhältnis	497	165
I. Ausübung des Widerspruchs durch die Gläubiger	498	165
1. Allgemeine Bedenken gegen eine ex tunc Wirkung	500	165
2. Durchgreifende arbeitsrechtliche Bedenken gegen eine ex tunc Wirkung	505	167
3. Fehlende Arbeitnehmerinformation	511	169
II. Zwischenergebnis für die Wirkung des Gläubigerwiderspruchs auf Arbeitsverhältnisse	515	171
G. Das Zweitinsolvenzverfahren und der Anspruch auf Insolvenzgeld	517	173
I. Möglichkeit eines Zweitinsolvenzverfahrens	518	173
II. Erneuter Insolvenzgeldanspruch der Arbeitnehmer im Zweitverfahren	526	175
1. Grundlagen des Insolvenzgeldanspruchs	527	176
2. Anspruch auf Insolvenzgeld im Zweitinsolvenzverfahren	530	177
III. Zwischenergebnis für den Anspruch auf Insolvenzgeld nach Freigabe	565	188
H. Reformvorschlag	568	189
I. Reform der Freigabeerklärung – Ergänzender Abs. 2a	572	189
II. Reform des Insolvenzgelds – Entsprechende Erweiterung des Insolvenzgeldanspruchs	577	190
I. Thesen und Schlussbetrachtung	581	193
I. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	581	193
II. Schlussbetrachtung	582	195
Literaturverzeichnis		197
Stichwortverzeichnis		213